

Antrag der AfD zur Sitzung des Fachausschusses „Bau, Umwelt und Verkehr“ des Beirates Walle am 07.09.2015

**Antrag an den Fachausschuss „Bau, Umwelt und Verkehr:
„Verbesserung der Unterbringung der Flüchtlinge in Walle“**

Der Fachausschuss „Bau, Umwelt und Verkehr“ des Beirates Walle möge beschließen:
Um die Lebenssituation der Flüchtlinge in Walle zu verbessern, fordere ich den Beirat Walle auf, nach unnötigen oder aufschiebbaren Geldausgaben im Stadtteil Ausschau zu halten und ggf. andere Beiräte und die Bürgerschaft ebenfalls dazu aufzufordern. Zwei Projekte, die aufgegeben bzw. zurückgestellt werden könnten, sind z.B. der Umbau der Vegesacker Straße zur Fahrradstraße sowie die Umgestaltung des Osterfeuerberger Rings. Der Osterfeuerberger Ring ist in seiner jetzigen Form, wenn auch bereits eingeschränkt durch die auf die Straße verlegten Bushaltestellen, eine immer noch funktionierende und wichtige Verkehrsachse zwischen Utbremer Kreisel und Hafenanrandstraße mit deren Anliegern. Ebenso ist es unnötig und reine Geldverschwendung die Vegesacker Straße, als ebenfalls funktionierender Verkehrsweg, zu Fahrradstraße umzuwidmen. Auch Fahrradfahrer sind NUR Verkehrsteilnehmer die ebenfalls an die Straßenverkehrsordnung gebunden sind.

Begründung:

Am Sonntag den 26. Juli 2015 hatte ich mich spontan entschlossen, mir mal die Zeltstadt, erstmal nur von außen, anzusehen.

Mir fielen gleich die Menschen auf, welche in Scharen kamen, um den Flüchtlingen Sachspenden zu bringen. Einige Flüchtlinge liefen immer gleich zum Eingang, um wohl die besten Sachen zu bekommen.

Eine geordnete Zuteilung der Sachspenden fand nicht statt, somit herrschte das Gesetz des Schnelleren und/oder Stärkeren. Eine Vorgehensweise die absolut ungerecht und menschenunwürdig ist! Eine Sammelstelle, wo alle Sachsenden vor Annahme auf Zweckmäßigkeit geprüft werden, wäre absolut notwendig. Ich fände es allemal besser, als die jetzige Vorgehensweise, wobei die Schnellsten oder Stärksten die besten Sachen bekommen, und die nicht so beliebten Kleidungsstücke einfach liegen bleiben.

Nachdem ich mir das Geschehen eine Zeit lang angesehen hatte, traf ich einen Kollegen von der FDP. Ich nahm die Gelegenheit wahr, ihm einen gemeinsamen Besuch der Einrichtung vorzuschlagen.

Wir stellten uns dort vor, und wurden freundlich vom Aufsichtspersonal empfangen. Uns wurde die Einrichtung gezeigt.

In den Zelten gibt es kleine Zimmer, die oben offen sind, für je eine Familie / Gruppe. Keine Toiletten oder Waschgelegenheiten.

Wer nachts mal muss, hat besonders im Winter ein Problem. Ohne alle Mängel ansprechen zu müssen, ist für mich klar, dass dieser Zustand schnellstmöglich verbessert werden sollte und keinesfalls ein Dauerzustand, besonders im Hinblick auf den kommenden Winter, sein kann. Ich habe noch vor Ort unter dem Eindruck der suboptimalen Verhältnisse darüber nachgedacht, wie es möglich wäre die dringend erforderlichen Verbesserungen umzusetzen, bei möglichst geringer Belastung der (hiesigen?) Steuerzahler.

Dabei fielen mir die Geldverschwendungsideen der gegenwärtigen Regierung ein. Z.B. dürfte der Verzicht des Rückbaus von Martinstraße und Osterfeuerberger Ring reichlich Geld frei machen, um die aktuelle Not lindern zu helfen. All die kleinen "Straßenraumaufwertungen" mit Holperschwellen und Parkplatzabbau sollten ebenfalls zugunsten der Flüchtlinge zurückgestellt werden. Die Umbuchung dieser Gelder und damit weg von den Verkehrsbehinderungsvorhaben, wäre neben der Wohltat für die Flüchtlinge, eine Erlösung für die Autofahrer und Handwerker, die

auf ein KFZ angewiesen sind.

Dass die Flüchtlinge im besuchten Zeltstandort alles Recht haben, zu bleiben, steht für mich nacheinigen Gesprächen außer Zweifel!!!

Bei den meisten handelt es sich um Personen aus Kriegsgebieten. Diese müssen auf alle Fälle so lange bleiben dürfen, bis eine Rückkehr in eine sichere und befriedete Heimat möglich ist. Wer mir eine andere Meinung unterstellt, handelt schlicht und ergreifend böse und verleumderisch.

Trotzdem müssen auch wirtschaftliche und organisatorische Aspekte angesprochen werden, auch wenn ich deswegen "angegifft" werde.

Man kann nicht jede "Baustelle" annehmen und alle "Bauherren" zufriedenstellen.

Irgendwann kann man keine "Aufträge" mehr annehmen, ohne die gewissenhafte Arbeit an den einzelnen "Baustellen" zu vernachlässigen.

Die Bevölkerung wird immer unruhiger. Ich merke es an den Reaktionen der Bürger die an mich herantreten und mich bitten gegen daraus entstehende und entstandene Missstände zu intervenieren. Die Propaganda der Extremen, von links wie von rechts, trägt sehr dazu bei. Von dieser Klientel distanzieren sich vollkommen.

Den wahren Grund für Steuererhöhungen müssen die Politiker verschweigen. Wer es trotzdem tut, wird, wie die Stadt Mettmann, öffentlich kritisiert, und muss sich dafür auch noch entschuldigen.

<http://www.pi-news.net/2015/07/mettmann-grundsteuererhoehung-wegen-kostenexplosion-fuerfluechtlings-invasion/>

Reine Wirtschaftsflüchtlinge und Straftäter unter den Flüchtlingen sorgen für ein negatives Bild aller Flüchtlinge.

Hier sind der Politik schwere Versäumnisse vorzuwerfen. Statt geltendes Recht umzusetzen passiert... NICHTS. In Duisburg herrscht schon fast Anarchie. Einbrüche, Überfälle und Auseinandersetzungen unter den Gruppen sind keine beklagenswerten Ausnahmen mehr.

http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_74838122/in-nrw-drohen-rechtsfreie-raeumepolizei-warnt-vor-no-go-areas-.html

Während die "Gutmenschen" in Bremen, mit Atomkraft-nein-Danke-Aufklebern auf dem Auto, ihre nicht mehr benötigten Sachen im Übermaß in der Überseestadt abladen, passieren anderenorts

Straftaten.

"Gutmenschen, welche wirklich Gutes tun wollen, sollten mal lieber ihr Portemonnaie aufmachen, statt jede Menge alten Krempel zu entsorgen, und sich dabei noch großartig fühlen". Dies ist kein Spruch von mir. Ist aber nachvollziehbar, nachdem ich die ganzen Sachen, die keiner so recht wollte, habe rum liegen sehen, und die Frage nach einem Zimmer im Zelt für die Lagerung aufkam, wegen der Regenvorhersage.

Nach etwa 1,5 Stunden Aufenthalt im Zeltlager Überseestadt sind wir zum Paradise gefahren, um der Beschwerde der Linkspartei nachzugehen.

Hier wurden wir gar nicht erst reingelassen. Man solle sich einige Tage vorher anmelden.

"Nicht einmal die Polizei habe Zutritt" wurde uns wörtlich gesagt.

Ich frage mich, ob die Leute dort keinen Besuch empfangen dürfen. Ich habe mich draußen mit einigen Bewohnern unterhalten, die sich aber nicht zu weit aus dem Fenster lehnen wollten, und allem Anschein nach Anweisung hatten, dass alles über die Aufsicht laufen soll.

Die Aufsicht versicherte uns, dass in der Unterkunft alles in bester Ordnung ist, und der Standort eh bald geschlossen wird, nachdem "die Steinsetzer Straße" renoviert sein wird.

"Eine Besichtigung durch den Beirat, wie von den Linken angeregt, sei deswegen nicht unbedingt notwendig".

Auf dem Rückweg besuchten wir noch kurz das Containerdorf. Hier sah, soweit erkennbar, alles gut aus.

Gerald Höns